

Der European Green Deal:

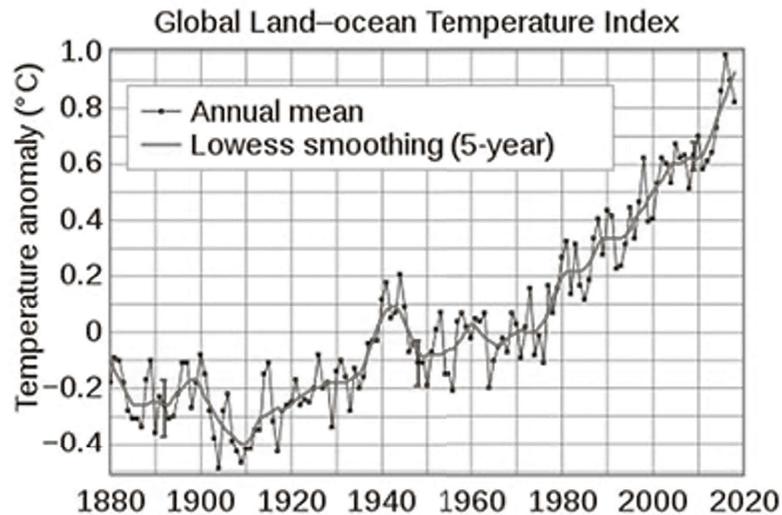
Einstieg in die sozial-ökologische Transformation?

Werner Raza

Angesichts der Klimakrise und anderer Probleme, wie etwa die wachsende soziale Ungleichheit in Verbindung mit erstarkendem Nationalismus, sowie der Erosion des Multilateralismus braucht es dringend neue Politikansätze. Der potentielle Charme des Green Deal (GD) liegt darin, die Bekämpfung der ökologischen Krise mit einer sozial inklusiven Agenda zu verbinden. Im Gegensatz zu den Vorschlägen der progressiven US-DemokratInnen fehlt den Vorschlägen für eine europäische, grüne Agenda der Von der Leyen-Kommission allerdings eine soziale Komponente, welche in der proklamierten „just transition“ auch tatsächlich zu gewährleisten. Ebenso wenig bietet der European Green Deal brauchbare Ansätze, die globale Dimension der sozial-ökologischen Transformation zu bewältigen.

Klimakrise: gemeinsame aber differenzierte Unverantwortlichkeit?

Die atmosphärische Konzentration von Kohlenstoff liegt mittlerweile bei 406 ppm. Die menschliche Zivilisation der letzten 10.000 Jahre entwickelte sich im Rahmen eines Temperaturkorridors von +/- 1 Grad. Derzeit befinden wir uns am oberen Ende dieses Korridors (siehe Grafik 1). Mit einem durchschnittlichen Kohlenstoffwachstum von derzeit 2 ppm pro Jahr werden wir laut IPCC Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung (IPCC 2018) rund um 2100 eine Erderwärmung um 3° Celsius erreichen, falls keine Gegenmaßnahmen unternommen werden. Fest steht, dass die Zunahme der globalen Emissionen von 1,5 % p.a. während der letzten 10 Jahre so nicht weitergehen kann. Es braucht eine Kehrtwende.



Grafik 1: Temperaturentwicklung 1880–2018. (Globale durchschnittliche Oberflächentemperatur 1880–2018, relativ zum Durchschnitt 1951–1980. Die mit Punkt versehene Linie ist der globale Durchschnitt pro Jahr, die durchgehende Linie ist eine Fünf-Jahres-Regressionslinie (Lowess Glättung). Quelle: Oswald/Stern (2019), Vox EU Blog, 17. September 2019.

Der IPCC Sonderbericht zeigt, dass die Differenz der Auswirkungen zwischen einem Anstieg der globalen Temperatur um 1,5 °C bzw. um 2 °C weitreichend ist. Der Anstieg um weitere 0,5 °C würde etwa bedeuten, dass sich die Dauer von Dürren verdoppeln und das Auftreten von extremen Wetterereignissen sich mehr als verdoppeln würde. Zudem würden sämtliche Korallenriffe zerstört werden. Entscheidend dafür, das 1,5 °C Ziel überhaupt noch erreichen zu können, sind allerdings entschlossene Maßnahmen im Zeitraum bis 2030. Laut brandaktuellem UNEP Emissions Gap Report (UN Environment 2019) wären dafür jährliche CO₂ Emissionsreduktionen von 7,6% nötig, für das 2 °C Ziel von 2,7% p.a. Beide Reduktionsziele sind überaus anspruchsvoll, aber technisch nicht unmöglich. Es steht und fällt mit der Frage, ob der politische Willen der internationalen Gemeinschaft dafür vorhanden ist.

Das Pariser Klimaabkommen vom Dezember 2015 hat daher nicht zufällig den maximal zulässigen Wert für die Klimaerwärmung mit „*well below 2 degrees Celsius above pre-industrial levels and to pursue efforts to limit the temperature increase even further to 1,5 degrees Celsius*“ festgelegt.

Überproportional werden vom Klimawandel vor allem die Länder des globalen Südens betroffen sein, also jene Regionen der Erde, die für die Erderwärmung keine historische Verantwortung tragen. Während die reichsten 10% der Erdbevölkerung für rund 50% der konsumbedingten CO₂ Emissionen verantwortlich sind, tragen die ärmsten 50% für nur 10% dieser Emissionen Verantwortung. Die Resilienz der Länder des Globalen Südens gegenüber der Klimaerwärmung muss angesichts ihrer begrenzten finanziellen und technologischen Kapazitäten generell als schwach eingeschätzt werden. Gleichzeitig ist ihr Wunsch nach wirtschaftlicher Entwicklung legitim, auch wenn klar ist, dass die globale Verallgemeinerung der in den OECD-Ländern üblichen Wohlstandsniveaus die ökologischen Grenzen des Planeten übersteigen würde.

Der unterschiedlichen Verantwortung von reichen und armen Ländern versucht das

Pariser Klimaabkommen mit dem Prinzip der „*common but differentiated responsibilities*“ (Art 2.2) gerecht zu werden. An konkreten Maßnahmen wurde diesbezüglich die Aufstockung der Mittel für die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer auf USD 100 Milliarden pro Jahr ab 2020 beschlossen. Diese Mittel sollten durch den Green Climate Fund (GCF) abgewickelt werden. Bis 2019 waren erst USD 5,6 Milliarden an Geldern in den GCF geflossen, mit denen bislang Projekte im Wert von USD 3,12 Milliarden gefördert wurden. Bei der GCF Geberkonferenz im Oktober 2019 wurden rund USD 10 Milliarden an Geldern für den Fonds versprochen. Trotz ermahnender Worte von HBP Van der Bellen blieben die von der österreichischen Bundesregierung eingebrachten EUR 30 Mio. deutlich hinter den Beiträgen vergleichbarer EU Länder – z.B. Luxemburg EUR 35 Mio., Finnland EUR 80 Mio., Niederlande EUR 100 Mio. – zurück (Green Climate Fund 2020). Die neu dotierten USD 10 Milliarden beziehen sich zudem auf die Arbeitsperiode 2020–2024 und stehen daher gerade einmal für 2,5 % der eigentlich für diesen Zeitraum in Paris vereinbarten Summe.

Als Fazit bleibt somit, dass die internationalen Mechanismen zur gemeinsamen Bewältigung der Klimakrise bislang weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben.

Die European Green Deal Pläne der neuen EU-Kommission: hohe Ambition, aber fehlende politische Perspektive

Auch in den meisten Industrieländern selbst stehen die Aussichten zur Erreichung der Reduktionsverpflichtungen derzeit nicht zum Besten. Die nationalen Klimapläne der meisten EU Mitgliedsländer greifen nach Meinung der europäischen Umweltbehörde deutlich zu kurz. Statt der im Pariser Klimaabkommen verankerten 40 % Reduktionsverpflichtung (gegenüber 1990) werden die Klimapolitiken der EU-Staaten bis 2030 bestenfalls eine Reduktion von 30 % erreichen (EEA 2019). Die Absichten der neuen EU-Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen, die EU mit einem European Green Deal (EGD) bis 2050 klimaneutral zu machen bzw. das Reduktionsziel bis 2030 von derzeit 40 % auf 55 % zu erhöhen, gehen daher grundsätzlich in die richtige Richtung. Die wesentlichen Elemente des EGD sind nach derzeitigem Stand (vgl. EC 2020):

1. Ein Maßnahmenpaket zur effektiven Bepreisung von Kohlenstoffemissionen. Dies umfasst eine Ausweitung des Europäischen Emissionshandelssystems auf andere Sektoren wie Seefahrt und Luftverkehr. Eine Ausweitung auf den Straßenverkehr und die Hausbrandemissionen soll geprüft werden. Um *carbon leakage* zu verhindern, soll ein Klimazoll (Border Tax Adjustment) eingeführt werden, der zunächst auf einige wenige Sektoren bzw. Produktgruppen begrenzt sein soll.
2. Eine EU-Industriestrategie mit einem Kreislaufwirtschaftsplan, der die Entwicklung und Verwendung von recycelten Materialien fördern soll. Ein Politik-Mix von finanziellen Förderungen und Auflagen für „*nachhaltige Produkte*“ soll die Entwicklung neuer ressourcenschonender Produkte antreiben.
3. Eine Strategie für nachhaltige und smarte Mobilität soll im Jahr 2020 angenommen werden. Diese verfolgt das Ziel, die Verkehrsemissionen bis 2050 um 90 % zu verringern.

4. Eine „*farm-to-fork*“-Strategie soll im Frühjahr 2020 präsentiert werden um die nachhaltige Lebensmittelproduktion zu steigern und den Einsatz von chemischen Düngern und Pestiziden zu reduzieren. Dazu sollen auch eine EU-Biodiversitätsstrategie und eine EU-Waldstrategie ausgearbeitet werden.
5. Ein „*zero pollution*“ Aktionsplan für Luft, Wasser und Boden soll im Jahr 2021 verabschiedet werden. Ziel ist es eine vergiftungsfreie Umwelt zu schaffen. Eine dazu geschaffene nachhaltige Chemikalienstrategie soll „*besseren Gesundheits- und Umweltschutz mit höherer globaler Wettbewerbsfähigkeit ... bei gleichzeitig vereinfachtem wie gestärktem rechtlichen Rahmenwerk*“ ermöglichen.

Die Finanzierungserfordernisse des EGD werden von der EU-Kommission auf € 260 Milliarden pro Jahr bzw. 1,5 % des EU-BIP bis 2030 geschätzt. Dazu soll ein *Sustainable Europe Investment Plan* (SEID) im Ausmaß von € 1.000 Milliarden eingerichtet werden. Dieser enthält einen „*just transition*“ – Mechanismus im Gegenwert von € 140 Milliarden. Damit sollen jene Sektoren und Regionen unterstützt werden, wie z.B. Kohlebergbau, die vom ökologischen Umbau besonders betroffen sein werden. Um diese Programme zu finanzieren, sollen 25 % der EU-Mittel – das sind rund € 500 Milliarden – für klimabezogene Maßnahmen verwendet werden. Die EU-Mittel sollen zusätzliche nationale Ko-Finanzierungen von rund € 114 Milliarden hebeln. Private und öffentliche Mittel im Ausmaß von € 300 Milliarden sollen durch Investitions Garantien des InvestEU-Funds sowie über Kredite der Europäischen Investitionsbank generiert werden. Letztere soll zur Klimabank der EU werden und das Volumen ihrer Klimafinanzierungen verdoppeln.

Klar ist, dass dieses Finanzierungsprogramm mit den EU-Mitgliedsstaaten noch vereinbart werden muss. Dies dürfte angesichts der weit auseinanderliegenden Vorstellungen der Mitgliedsstaaten nicht einfach sein. Unklar ist auch, wie viel von diesen Geldern tatsächlich zusätzliche Mittel sein werden, und wie viel lediglich Umwidmungen bestehender Budgets. Abzuwarten bleibt schließlich auch, ob die privaten Investitionen im erhofften Ausmaß fließen werden. Bis auf schon konkret dotierte € 7,5 Milliarden für den „*just transition*“-Fund bleiben die finanziellen Grundlagen für den EDG damit vorläufig weitgehend fiktiv.

Abgesehen von den Finanzierungsvorschlägen ist auch die für die politische Akzeptanz entscheidende sozialpolitische Komponente des EGD unterentwickelt. Manche von Ursula von der Leyen im Rahmen ihrer politischen Leitsätze gemachten Ankündigungen – z.B. die Einführung europaweiter Mindestlöhne, eine Arbeitslosengeldrückversicherung, eine Jugendausbildungsgarantie u.a.m. – mögen zwar grundsätzlich sinnvoll sein, sind aber in den bisherigen Vorhaben zum EGD nicht enthalten (von der Leyen 2019). Mit dem „*just transition*“-Mechanismus erkennt die Kommission die Bedeutung der sozialen Komponente zwar an. Neben seiner Dotierung bleibt aber auch seine Konzeption unzureichend. Nach dreißig Jahren Neoliberalismus und der damit einhergehenden Aushöhlung sozialer Sicherheitssysteme, hoher Ungleichheit und der zunehmenden Prekarisierung von Arbeit empfinden viele Menschen in der EU die aktuelle krisenhafte Gemengelage von Klimawandel in Verbindung mit Flucht und Migration, sowie der neuen Herausforderungen im Zuge der digitalen Revolution vor allem als Bedrohung ihres Lebensstils. Die Frage ob diese Befürchtungen in der Sache berechtigt sind oder nicht, ist dabei zunächst nachrangig. Undurchdachte ökologische Maßnahmen können daher schnell zu sozialen Protesten führen, wie das Beispiel der

französischen Gelbwesten zeigt. RechtspopulistInnen in der EU wie in den USA haben verstanden, dass eine verunsicherte Bevölkerung den wie auch immer unbefriedigenden Status-Quo der Aussicht auf eine ungewisse Zukunft vorzieht. Klimaleugnung als prominenter Bestandteil rechtspopulistischer Programmatik ist daher vor allem strategisches Kalkül.

Angesichts dessen besteht das zentrale Erfolgskriterium der sozial-ökologischen Transformation darin, diese vor allem und zuerst als umfassendes Projekt sozialer Sicherheit und Inklusion zu konzipieren. In diesem Sinn kann es diskursiv nicht vorrangig darum gehen, dass alle den Gürtel enger schnallen müssen, damit das Klima gerettet werden kann. Moralische Appelle wie etwa jene der Fridays-for-Future Bewegung mögen zwar dem einen oder der anderen auf das Gewissen drücken, brauchen aber eine diskursive und materielle Unterfütterung, die der breiten Masse der Bevölkerung eine glaubwürdige Zukunftsperspektive gibt. Eine „*just transition*“, die sich darauf beschränkt, die schlimmsten sozialen Kosten abzumildern, wird dafür nicht reichen. Es ist daher wohl kein Zufall, dass die Green New Deal Pläne der progressiven US-DemokratInnen um Alexandria Ocasio-Cortez, Bernie Sanders und Elisabeth Warren die Dimension der sozialen Inklusion und der Perspektiven für gute Arbeit und ökonomische Sicherheit so stark betonen (vgl. Ocasio-Cortez et al., 2019). Die Botschaft der sozial-ökologischen Transformation im Allgemeinen und der Green Deal Pläne im Besonderen muss eine der Hoffnung auf ein zumindest gutes, wenn nicht besseres Leben für die arbeitenden Menschen sein, soll ein solches Programm die Chance auf Mehrheitsfähigkeit haben. Der European Green Deal hingegen bleibt einer sozial unzureichend unterfütterten Verantwortungsethik verpflichtet. Das ist zwar ehrbar, aber nicht politisch mehrheitsfähig.

Ganz im Gegensatz dazu argumentieren die progressiven US-DemokratInnen zu Recht, dass es keinerlei Finanzierungsprobleme für einen umfassenden GND gäbe. Während die klimapolitischen Ziele jenen von der Leyens weitgehend entsprechen, ist der Plan vor allem in beschäftigungs- und sozialpolitischer Hinsicht stärker ausgearbeitet und für die USA äußerst ambitioniert. Die demokratische Präsidentschaftskandidatin Elizabeth Warren hat im Rahmen ihrer „*Economic Patriotism*“-Agenda umfangreiche Vorschläge für einen grünen Investitionsplan bzw. einer grünen Industriepolitik (Warren 2019a) sowie für eine alternative Handelspolitik (Warren 2019b) präsentiert, die jene von Ocasio-Cortez *et al.* konkretisieren. Der Green Manufacturing Plan sieht Investitionen über USD 2.000 Milliarden für 10 Jahre vor, die in Forschung & Entwicklung sowie in die öffentliche Beschaffung grüner Technologie gehen soll. Dazu gehört auch ein *Green Marshall-Plan* mit einer Dotierung von USD 100 Milliarden. Damit sollen ausländische Käufe US-amerikanischer grüner Technologie durch Entwicklungsländer mit subventionierten Krediten (Softloans) unterstützt werden. Auf multilateraler Ebene soll ein WTO Abkommen zum Schutz von umweltbezogenen Fördermaßnahmen und der präferenziellen Behandlung für nachhaltige Energietechnologien verhandelt werden. Investitionsabkommen mit besonderen Investorenrechten (ISDS Mechanismus) sollen auslaufen.

Fehlende globale Dimension des EGD

Im Gegensatz dazu diskutieren die EGD Pläne auch die globale Dimension nur ungenügend. An der aggressiven Marktöffnungspolitik *qua* umfassender bilateraler EU-Handelsabkommen wird festgehalten. Für den afrikanischen Kontinent soll eine Strategie ausgearbeitet werden, um die sich abzeichnenden Marktchancen für EU-Unternehmen nutzen zu können. Andere außenpolitische Themen werden unter Labeln wie „*Förderung der europäischen Lebensweise*“ und „*Ein stärkeres Europa in der Welt*“ diskutiert und betonen sicherheitspolitische Aspekte. Das Bekenntnis zum Multilateralismus wirkt mangels detaillierter Vorschläge unglaubwürdig. Die Mittel für die außenpolitischen Agenden sollen um 30 % im Budget 2020–27 auf EUR 120 Milliarden erhöht werden. Europas Führungsrolle in der Welt soll stärker als bisher vertreten werden.

Der vom EGD befürwortete und von UmweltschützerInnen unterstützte Klimazoll erscheint hinsichtlich seiner internationalen Implikationen nicht hinreichend durchdacht. So wird beispielsweise kaum thematisiert, dass *carbon leakage*, also die Verlagerung kohlenstoffintensiver Produktionsprozesse in den Globalen Süden, wesentlich von den Internationalisierungsstrategien aus den USA oder der EU stammenden multinationalen Konzernen getrieben waren. Diese Strategien wurden von den Regierungen oftmals aktiv unterstützt – etwa durch bilaterale Investitionsabkommen oder die den Entwicklungsländern aufgezwungene Strukturanpassungspolitik von IWF und Weltbank, und nur zum Teil durch umweltpolitische Auflagen, die Mehrkosten für die Unternehmen bedeuten. Die kohlenstoffintensiven Exporte aus den Schwellen- und Entwicklungsländern nunmehr mit Klimazöllen zu belegen, wird von den Entwicklungs- und Schwellenländern zwangsläufig als ungerechtfertigter Protektionismus interpretiert und allfällige Produktionseinbußen von diesen mit Vergeltungsmaßnahmen beantwortet werden. Die Durchsetzbarkeit des angestrebten multilateralen Abkommens erscheint in einem solchen Szenario unilateraler Zollschutzpolitik höchst unwahrscheinlich. Während die GND Pläne der US-DemokratInnen zumindest Softloans für den Kauf umweltfreundlicher Technologie als – wenngleich ungenügende – kompensierende Maßnahme beinhaltet, begnügt sich der Vorschlag von der Leyens mit dem lapidaren Hinweis auf europäische Werte bzw. Unternehmen, die es zu schützen gelte. Auch zum aus Nord-Süd Sicht zentralen Thema der internationalen Kooperation zu Steuerfragen findet sich im EU-Vorschlag so gut wie nichts.

Fazit: hohe verantwortungsethische Ambition, geringe Umsetzungschancen

Als Fazit bleibt, dass die EGD Vorschläge der neuen Kommission zwar insgesamt ambitioniert sind, die Umsetzung aber an drei zentralen Defiziten leidet. Erstens bleibt der EGD in finanzpolitischer Hinsicht konservativem Denken verhaftet. Die derzeit laufende Diskussion um den EU-Finanzhaushalt 2021–2027 legt nahe, dass die für den EGD nötigen finanziellen Größenordnungen nicht dargestellt werden können. Die offensichtliche Alternative, nämlich den EGD über die Europäische Zentralbank finanzieren zu lassen, wird offiziell nicht erwähnt. Ob die dazu von der neuen EZB-Präsidentin Christine Lagarde vage angedeutete Bereitschaft tatsächlich besteht, bleibt abzuwarten, wäre aber zu hoffen (vgl. Financial Times, 2019).

Zweitens bleibt die politisch zentrale soziale Dimension unterentwickelt. Die „*just transition*“ müsste mit einem ambitionierten und sozial-inkluisiven Programm für die Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand verbunden werden. Die hier zum Beispiel von der EuroMemo-Gruppe oder DiEM 21 genannten finanziellen Größenordnungen belaufen sich auf € 3.200–5.000 Milliarden für 10 Jahre, also auf das Drei- bis Fünffache der Kommissionsvorschläge (Adler und Wargan, 2019, EuroMemo 2020). Wichtig für die Umsetzung der Investitionspläne sind vor allem die Einrichtung von öffentlichen Investitionsbanken in den Mitgliedsstaaten und breite politische Beteiligung bei der Auswahl der zu finanzierenden Vorhaben.

Drittens braucht der EGD eine auf Kooperation beruhende internationale Dimension. Die im Umkreis der UNCTAD entwickelten Geneva Principles for a Global Green New Deal (Gallagher and Kozul-Wright, 2019), deren Finanzierungskomponente im neuesten UNCTAD Trade and Development Report (UNCTAD 2019) detailliert ausgearbeitet wird, könnten für einen neuen Multilateralismus wichtige Anregungen geben. Ausgangspunkt dafür muss sein, den legitimen Anliegen der Schwellen- und Entwicklungsländern zur Erhaltung ihrer nationalen Handlungsspielräume für nachholende Entwicklung mehr Raum zu geben. Das bedeutet für die EU und USA vor allem, die Agenda der tiefen Integration ihrer bilateralen Handels- und Investitionspolitik aufzugeben. Diese wird von den Ländern des Globalen Südens als Verletzung ihrer nationalen Souveränität gesehen und ist maßgeblich für das Scheitern der Doha Runde der WTO verantwortlich. Nur auf Basis einer Reformulierung der Prinzipien des „*embedded liberalism*“ (Polanyi 1944) der Nachkriegszeit wird ein kooperativer Multilateralismus möglich sein. Klar ist jedenfalls, dass die Umsetzung eines noch so guten GD in den USA und der EU nicht ausreichen werden, um die Klimaziele erreichen zu können. Das wird nur gelingen, wenn die Schwellen- und Entwicklungsländer am gleichen Strang ziehen. Die Ausarbeitung eines globalen GD muss dafür dringend in Angriff genommen werden.

Literatur

- Adler, D. and P. Wargan (2019): Financing the Green New Deal for Europe. Mobilising the European Investment Bank to power Europe's green transition. Paper presented at 25th Annual Conference on Alternative Economic Policy in Europe, Paris, 26-28 September 2019. Download: http://www2.euromemorandum.eu/uploads/adler_and_wargan_financing_the_green_new_deal_for_europe.pdf
- EC (2020): The European Green Deal Investment Plan and Just Transition Mechanism explained. Brussels, 14. January 2020, Download: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/qanda_20_24
- EEA (2019): Trends and projections in Europe 2019. Tracking progress towards Europe's climate and energy targets. EEA Report No 15/2019, European Environmental Agency. Download: <https://www.eea.europa.eu/publications/trends-and-projections-in-europe-1>
- EuroMemo (2020): A Green New Deal for Europe – Opportunities and Challenges. EuroMemorandum 2020, EuroMemo Group, Download: http://www.euromemo.eu/euromemorandum/euromemorandum_2020/index.html
- Financial Times (2019): Christine Lagarde wants key role for climate change in ECB review, 27. November 2019, Download: <https://www.ft.com/content/61ef385a-1129-11ea-a225-db2f231cfeac>
- Gallagher, K. and R. Kozul-Wright (2019): A New Multilateralism. Geneva Principles for a Global Green New Deal for Shared Prosperity, Boston University Global Development Center and UNCTAD, Boston and Geneva, Download: <http://www.bu.edu/gdp/files/2019/05/Updated-New-Graphics-New-Multilateralism-May-8-2019.pdf>

- Green Climate Fund (2020): Status of Pledges and Contributions (Initial Resource Mobilization), Status Date: 3. February 2020, Download: <https://www.greenclimate.fund/sites/default/files/document/status-pledges-irm-03feb20.pdf>
- IPPC (2018): Global Warming of 1.5 °C. An IPCC special report on the impacts of global warming of 1.5 °C above pre-industrial levels and related global greenhouse gas emission pathways, in the context of strengthening the global response to the threat of climate change, sustainable development, and efforts to eradicate poverty. Download: <https://www.ipcc.ch/sr15/>
- Ocasio-Cortez, A., et al. (2019): Recognizing the duty of the Federal Government to create a Green New Deal, US House of Representatives, 116TH CONGRESS 1ST SESSION H. RES. 109, 7. February 2019, Download: <https://www.congress.gov/116/bills/hres109/BILLS-116hres109jh.pdf>
- Oswald, A./Stern, N. (2019): Why are economists letting down the world on climate change? Vox EU Blog, 17 September 2019, Download: <https://voxeu.org/article/why-are-economists-letting-down-world-climate-change>
- Polanyi, K. (1944): The Great Transformation, Beacon Press (2002 edition).
- UNCTAD (2019): Financing A Global Green New Deal. Trade and Development Report 2019, Geneva. Download: <https://unctad.org/en/pages/PublicationWebflyer.aspx?publicationid=2526>
- UN Environment (2019): Emissions Gap Report 2019, 26. November 2019, Download: <https://www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2019>
- Von der Leyen, U. (2019): A Union that strives for more. My agenda for Europe. Political Guidelines for the next European Commission 2019–2024. Download: https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_en.pdf
- Warren, E. (2019a): My Green Manufacturing Plan for America, Team Warren, 4. July 2019, Download: <https://medium.com/@teamwarren/my-green-manufacturing-plan-for-america-fc0ad53ab614>
- Warren, E. (2019b): Trade—On Our Terms, Team Warren, 29. July 2019, Download: <https://medium.com/@team-warren/trade-on-our-terms-ad861879feca>